

Thorsten Gerald Schneiders *Hrsg.*

Der Arabische Frühling

Hintergründe und Analysen



Springer VS

Der Arabische Frühling

Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.)

Der Arabische Frühling

Hintergründe und Analysen

Herausgeber

Thorsten Gerald Schneiders

Duisburg, Deutschland

ISBN 978-3-658-01173-4

ISBN 978-3-658-01174-1 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-01174-1

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

www.springer-vs.de

Inhalt

Einleitung	9
----------------------	---

Anfang und Ende – Entstehung und Entwicklung der Aufstände

Reinhard Schulze

Irhal – „Hau ab“

Auf den Wegen zur arabischen Revolte 2011 – sozialgeschichtliche Kontexte eines Epochenbruchs	17
--	----

Oliver Schlumberger, Nadine Kreitmeyr und Torsten Matzke

Arabische Revolten und politische Herrschaft:

Wie überlebensfähig sind Autokratien im Vorderen Orient?	33
--	----

Stephan Rosiny

Diktaturen, Bürgerkriege und Machtteilung

in fragmentierten Gesellschaften:

Syrien, Bahrain, Libanon und Irak im Vergleich	65
--	----

Volker Perthes

Politische Perspektiven der arabischen Revolutionen:

Liberaler, Islamisten und Militärs zwischen

demokratischer Konsolidierung und Bürgerkrieg	81
---	----

Annette Jünemann

Vor dem Scherbenhaufen einer verfehlten Regionalpolitik:

Europa und der Arabische Frühling

Hintergründe und Analysen zur Politik der Europäischen Union	95
--	----

Jugend, Frauen, Islamisten – Akteure der Bewegung

Albrecht Hofheinz

Soziale Medien im Arabischen Frühling 117

Samuli Schielke

Jugend, Klassengesellschaft und Generationen
in Ägypten nach dem 25. Januar 127

Bettina Dennerlein und Sarah Farag

Geschlechterpolitik in der arabischen Welt:
Frauenrechte und politischer Wandel in Ägypten und Marokko 139

Ivesa Lübben

Auf dem Weg zum Gottesstaat?
Zur politischen Partizipation von Islamisten
am Beispiel Ägyptens nach Mubarak 163

Michal Shammas

Die Christen Syriens und ihre Angst vor Veränderung 181

Eine Bewegung, viele Richtungen – ausgewählte Länderanalysen

Werner Ruf

Die Revolten im Maghreb: Sozialer Hintergrund und Perspektiven 193

Andreas Dittmann

Zur Geographie der historischen und politischen
Entwicklungsvoraussetzungen des post-revolutionären Libyen 205

Thorsten Gerald Schneiders

Der Arabische Frühling in Syrien:
Hintergründe, Strukturen, Akteure 231

Marie-Christine Heinze

Zeitenwende im Jemen? 253

Katja Niethammer

Herbst statt Frühling am Arabischen Golf:

Bahrain im Ausnahmezustand 269

Jan Busse

Chronologie des Arabischen Frühlings:

Die wichtigsten Ereignisse zu Beginn der Umwälzungen

in ausgewählten Ländern 289

Die Autorinnen und Autoren 307

Diktaturen, Bürgerkriege und Machtteilung in fragmentierten Gesellschaften¹

Syrien, Bahrain, Libanon und Irak im Vergleich

Stephan Rosiny

Anfang 2011 kam es in fast allen arabischen Ländern zu Protesten und Aufständen, denen ähnliche Konfliktstrukturen zugrunde liegen: Autoritäre Regime, die sich meist säkular-nationalistisch legitimieren, verloren massiv an Legitimität, weil sie ihre Versprechen von Unabhängigkeit, Freiheit, Gleichheit und wirtschaftlichem Fortschritt nicht erfüllten. Nahöstliche Gesellschaften weisen außerdem massive Partizipationsdefizite auf, da große Segmente der Bevölkerung – Jugendliche, Frauen, ländliche Regionen und in einigen Ländern Ethnien und Konfessionsgemeinschaften – politisch, ökonomisch und sozial diskriminiert werden. Die Frustration über die allgemeine Perspektivlosigkeit brach im Arabischen Frühling aus (s. a. Perthes 2011; Rosiny 2011a; 2012).

Entwicklungspfade im Arabischen Frühling

Doch abgesehen von der allgemeinen Unzufriedenheit und einer ähnlichen Symbolik der Proteste erwiesen sich die Zusammensetzung, Forderungen und Protestformen der Opposition, die Konfliktkonstellationen und die Regimereaktionen in den einzelnen Ländern als sehr vielfältig. Grob lassen sich drei Entwicklungspfade differenzieren:

1 Es handelt sich um eine überarbeitete Fassung von Stephan Rosiny (2012): „Konflikt und Machtteilung in fragmentierten Gesellschaften: Syrien, Bahrain, Libanon und Irak im Vergleich“, in: *Friedensgutachten 2012*. Berlin u. a., S. 249–262. Der Herausgeberin, Frau Margret Johannsen, danke ich für die Genehmigung zum Wiederabdruck.

- In den konfessionell weitgehend homogenen Gesellschaften Nordafrikas kam es bislang zu den weitreichendsten Veränderungen in Form von Regime-stürzen und bei demokratischen Wahlen. Herrscher und Opposition gehören größtenteils derselben Volksgruppe und Religion an, sie sind sunnitische Araber. Säkulare und gemäßigt islamistische Protestierende vereinte eine unitär nationalistische Identität, und auf Kundgebungen trugen sie die Nationalflagge als einigendes Symbol.
- An den autoritären Monarchien des Golf-Kooperationsrats (GCC) gingen die Proteste – mit Ausnahme Bahrains – hingegen bislang weitgehend vorbei. Sie konnten potenziellen Unmut in der Bevölkerung mit finanziellen Vergünstigungen beschwichtigen und lokal begrenzte Proteste bereits im Keim ersticken. Saudi-Arabien, das den monarchischen „Klub der Reichen“ dominiert, toleriert keinen Regimewechsel innerhalb des GCC, der als Domino-Effekt auf andere Monarchien überspringen könnte.
- Die größte Varianz an oppositioneller Mobilisierung und Regimereaktion findet sich in den ethnisch und konfessionell heterogenen Ländern im ostarabischen Raum, zu denen vom Typus her auch der GCC-Staat Bahrain zu rechnen ist. Proteste blieben in einigen von ihnen marginal, während sie in anderen gewaltsam eskalierten. Dabei erweist sich eine gesellschaftliche Fragmentierung entlang ethnisch-konfessioneller Identitäten als konfliktverschärfend, da politische Kontroversen als essentielle ethnische Gegensätze gedeutet werden können. Sie sind mit dem Palästina-Konflikt, dem Sunna-Schia-Gegensatz und Flüchtlingsbewegungen grenzüberschreitenden Dynamiken ausgesetzt.

Ethnisch-konfessionell fragmentierte Gesellschaften im ostarabischen Raum

Der vorliegende Beitrag behandelt diesen dritten Typus komparativ am Beispiel des Libanon, des Irak, Syriens und Bahrains. Diese Länder beeinflussen sich in vielerlei Hinsicht wechselseitig. Sie werden in der Region häufig miteinander verglichen, etwa wenn von der „Libanonisierung“ oder „Irakisierung“ der Auseinandersetzung in Syrien gesprochen wird. Ein Erfolg oder Scheitern des multi-ethnischen Zusammenlebens in einem von ihnen wird deshalb weitreichende Auswirkungen auf die anderen haben; Libyen und der Jemen weisen viele Ähnlichkeiten zu diesem Typus auf, sie haben wegen ihrer geografischen Ferne aber nur schwache Bezüge zu den hier behandelten Ländern und bleiben deshalb ausgeklammert.

Die Gründe für die besondere Konfliktvirulenz ethnisch-konfessioneller Fragmentierung sind vielfältig, und sie liegen in den einzelnen Ländern in unterschiedlichen Intensitäten und Kombinationen aus historischen, identitären, sozio-ökonomischen sowie national- und regional-politischen Faktoren vor. So haben sich über Jahrhunderte bestimmte Herrschaftstraditionen etabliert: der Sunniten in den islamischen Kalifats-Reichen und in den Golfmonarchien, der maronitischen Christen seit dem 19. Jahrhundert im Libanongebirge, von den Arabern über die Kurden und andere Ethnien. Europäische Kolonialmächte spielten sich als Schutzmächte einzelner Gemeinschaften auf, um politischen Einfluss im Osmanischen Reich zu gewinnen. Als Mandatsmächte bedienten sie sich nach dem Ersten Weltkrieg ethnisch-konfessioneller Differenz, um die Gesellschaften nach dem Prinzip des *divide et impera* zu schwächen und über lokale Stellvertreter zu beherrschen, etwa indem sie ihre lokalen Hilfstruppen aus den Minderheiten rekrutierten. Ein weiterer Faktor ist, dass zuvor privilegierte Gemeinschaften auf den Aufstieg oder die Machtübernahme anderer Ethnien oder Konfessionen – der Alawiten seit 1963 in Syrien, der Schiiten seit 2003 im Irak, der Muslime im Libanon vor und während des Bürgerkriegs (1975–1990) – mit Ressentiment und reaktiver Identitätsbildung reagierten. Radikale sunnitische Islamisten, namentlich Salafisten und Jihadisten, mobilisieren gegen diesen Aufstieg mit sunnitisch-arabischem Chauvinismus, und sie schüren religiösen Hass auf die aufstrebende schiitische Konfession. Im Irak und Libanon, neuerdings in Syrien prägen traumatische Bürgerkriegserfahrungen „ethnischer Säuberung“ die Entfremdung zwischen den Gemeinschaften.

Solche identitären Prozesse gehen häufig mit sozioökonomischen Verschiebungen einher. So können Betroffene die „ungerechte“ staatliche Distribution von Einnahmen aus lokal ungleich verteilten natürlichen Ressourcen als ethnische oder tribale Diskriminierung deuten. Zu Konflikten führt dies besonders, wenn sich der bestehende Verteilungsschlüssel verändert und sich die etablierten Nutznießer von Neuankömmlingen herausgefordert sehen. Auch der rasante Urbanisierungsprozess verschärft ethnisch-konfessionelle Differenz: Im Irak und Libanon, in Bahrain und Syrien zogen viele Schiiten in zuvor sunnitisch geprägte Städte, wobei sich bei den etablierten Städtern Ressentiments gegen die Landmigranten mit konfessionalistischen Stereotypen verbinden. Die Regime instrumentalisieren solche Missgunst zwischen den Gemeinschaften und die Angst vor Bürgerkrieg, um sich als Schutzherren der nationalen Einheit aufzuspielen.

Angesichts hoher Verschuldung, überbordender Bürokratie und ehrgeiziger Entwicklungsprojekte sahen sich die arabischen Regime (mit Ausnahme der ölreichen Golfmonarchien) in den vergangenen Jahren gezwungen, im Rahmen

einer neoliberalen Anpassung an die Weltwirtschaft insbesondere Ausgaben im Bereich der Sozialversorgung zu kürzen. An derer statt übernahmen tribale, konfessionelle und religiöse Gemeinschaften staatliche Funktionen der sozialen Sicherung, Bildung und Entwicklungsförderung, mitunter sogar der inneren Sicherheit. Wichtige immaterielle Ressourcen wie Vertrauen und Solidarität werden dadurch innerhalb subnationaler Gemeinschaften gestärkt. In den weitgehend monokonfessionellen Staaten Nordafrikas begünstigte dies den Aufstieg islamistischer Bewegungen, die auf nationaler Ebene agieren, etwa der ägyptischen Muslimbruderschaft. In den multi-ethnischen Ländern bildeten sich hingegen separierte Netzwerke, die die gesellschaftliche Fragmentierung weiter verstärkten.

Außenpolitisch sind die hier behandelten Länder Schauplatz eines regionalen Machtkampfs, der auch von konfessionellen und ethnischen Stereotypen geprägt ist. In ihm stehen sich die sunnitischen, am Status quo orientierten, prowestlichen Regime von Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten unter Mubarak und eine vom nicht-arabischen Iran geprägte „Widerstandsachse“, der Syrien, die libanesische Hisbollah und die palästinensische Hamas angehören, gegenüber. Der Iran und Saudi-Arabien als die beiden dominanten Kräfte dieser Achsen erheben für sich den Anspruch einer innerislamischen Führung. Der Machtkonflikt erhält eine konfessionelle Dimension, weil in Saudi-Arabien die wahhabitische Richtung des sunnitischen Islam und im Iran der schiitische Islam Mehrheits- und Staatsreligion sind. Beide Staaten sehen sich als Schutzmächte ihrer jeweiligen Konfessionen im Irak, Libanon, Jemen, in Syrien und Bahrain. Dem Iran wird zudem vorgeworfen, dass es sich als „persische“ Macht in „arabische Angelegenheiten“ einmische. Das wirkt sich negativ auch auf arabische Schiiten aus, da sie als potentielle „fünfte Kolonne“ einer externen Macht betrachtet werden.

Im Westen wird der von Saudi-Arabien dominierte sunnitische Block als „gemäßigte“ Allianz gegen das Hegemonialstreben des Iran und als Schutz für Israel gewertet. Im Nahen Osten sieht sich die sunnitische Allianz hingegen als ein Bollwerk gegen einen mutmaßlich expansiven „schiitischen Halbmond“. Sie kooperiert dabei mit radikalen Salafisten und bisweilen sogar mit Jihadisten. Diese regionale Blockbildung spiegelt sich auch in der gegensätzlichen Positionierung zu den Aufständen in Bahrain und Syrien wider: Die sunnitische Allianz hilft dem bahrainischen Königshaus, die Protestbewegung militärisch niederzuschlagen, unterstützt aber den Aufstand in Syrien gegen das von einer alawitisch-schiitischen Elite geprägte Regime von Baschar al-Assad. Umgekehrt positioniert sich die „antiwestliche“ Allianz auf Seiten der mehrheitlich schiitischen bahrainischen Opposition und des syrischen repressiven Regimes.

Diktatur, Bürgerkrieg und Machtteilungsarrangements

Im Libanon, Irak, in Syrien und Bahrain treten ethnisch-konfessionelle Gemeinschaften als politische Entitäten auf, und politische Kontroversen sind häufig mit konfessionalistischen Stereotypen aufgeladen. Sie weisen dabei unterschiedliche Formen der Machtverteilung auf, die von traditioneller Hierarchie (Bahrain) über mono-ethnische Diktaturen mit unitär-nationalistischem Anspruch (Irak bis 2003, Syrien) bis hin zu einer Proporzdemokratie (Libanon) reichen. Kein Land hat bislang ein nachhaltiges Modell einer politischen Machtteilung etablieren können. Zur Verteidigung etablierter Privilegien ebenso wie im Kampf gegen Diskriminierung sind die Beteiligten immer wieder bereit, auch Gewalt anzuwenden.

Der libanesischer Bürgerkrieg (1975–1990) und seit 2003 der Irak galten im Nahen Osten lange Zeit als abschreckende Beispiele für interethnische Gewalt, da in ihnen Attentate, Massaker, Geiselnahmen nach im Ausweis vermerkter Identität oder nach Herkunftsregion des Autos und andere Gewaltformen nach ethnischer Zugehörigkeit stattfanden. Die Metaphern der „Libanonisierung“ bzw. der „Irakisierung“ stehen für diese gewaltsame Eskalation. In beiden Ländern wurden zu deren Beendigung konstitutionelle Machtteilungsarrangements eingeführt bzw. reformiert, die den Gemeinschaften einen gerechteren Chancenzugang und einen Schutz vor Majorisierung und Diskriminierung versprechen.

In Syrien sind ethnisch-konfessionelle Gegensätze seit Jahrzehnten ein Tabuthema. In Bahrain überlagerte ein rasantes, von Öl- und Gasexporten gespeistes Wirtschaftswachstum den konfessionellen Gegensatz. Heute sind in beiden Ländern, in denen jeweils eine konfessionelle Minderheit die Macht dominiert, konfessionelle Gegensätze zu einem Unterscheidungskriterium zwischen Regime und Opposition geworden. Das sunnitische Königshaus der Al Khalifa in Bahrain privilegiert seine eigene Gemeinschaft, während sich der syrische Präsident Baschar al-Assad in sicherheitsrelevanten Positionen auf Mitglieder seiner Familie und seiner alawitisch-schiitischen Minderheit verlässt. Mitglieder anderer Gemeinschaften sind von Schlüsselpositionen im Staat und in den Sicherheitskräften weitgehend ausgeschlossen. Im Zugang zu ökonomischen Ressourcen sind sie diskriminiert und auf „Mittler“ in der herrschenden Elite angewiesen. Im Rahmen der Aufstände des Arabischen Frühlings erlebten beide Länder eine spezifische Eskalationsdynamik, bei der sich das Misstrauen zwischen den Bevölkerungssegmenten massiv verschärfte.

Libanon: Prototyp eines Machtteilungsarrangements und Seismograph regionaler Konflikte

Der Libanon war von jeher ein Rückzugsraum verfolgter religiöser und ethnischer Minderheiten. Seit dem 19. Jahrhundert existieren hier Machtteilungsarrangements zwischen den Konfessionen, sodass das Land zum Prototyp und Versuchslabor einer Konkordanzdemokratie im Nahen Osten wurde (Rosiny 2011b). Den heute 18 offiziell anerkannten Religionsgemeinschaften sind Parlamentssitze, Kabinettsposten und führende Ämter im Staat in etwa proportional zu ihrer demografischen Stärke zugeteilt; maronitische Christen erhielten zusätzlich bestimmte sicherheitsrelevante Schlüsselposten. So dienen subnationale Identitäten als Zugangskriterium zu politischen Ämtern. Ein weit verbreiteter Klientelismus in konfessionellen Netzwerken hat dazu geführt, dass religiöse Zugehörigkeit bis heute wesentlich den sozialen und ökonomischen Chancenzugang der Bürger bestimmt. Dieser soziale und politische Konfessionalismus verhinderte das Abschmelzen traditioneller Loyalitäten zu Familie, Region und Konfession. Zugleich garantierte er den Gemeinschaften einen hohen Grad an Autonomie, ermöglichte einen kulturellen Pluralismus und eine demokratische Kultur, wie sie im arabischen Raum einmalig war.

Interne und externe Faktoren führten dazu, dass interkonfessionelle Spannungen sich verschärften und im Bürgerkrieg (1975–1990) gewaltsam ausbrachen. Ein überholter Proporz, der auf der Volkszählung von 1932 beruhte, widersprach der realen demografischen Verteilung. So wollten die größer und selbstbewusster gewordenen muslimischen Gemeinschaften die „christlichen Privilegien“ nicht mehr akzeptieren, die unter französischem Mandat eingeführt worden waren. Die konfessionelle Orientierung der meisten Parteien spiegelte sich in gegensätzlichen außenpolitischen Allianzen wider. So mischten sich zahlreiche externe Mächte als Schutzherrn einzelner Gemeinschaften ein. Der Libanon wurde zur Drehscheibe ideologischer Auseinandersetzungen, zum Zankapfel regionaler Mächte und zum Spielball ausländischer Interessen.

Trotz dieser Schwächen wurde zur Beendigung des Bürgerkriegs im Taif-Abkommen von 1989 und in der Verfassung von 1990 ein reformiertes Modell der Konkordanzdemokratie als Übergangslösung aufgelegt. Mit ihm sollten die Anführer der konfessionell geprägten Bürgerkriegsmilizen zur Aufgabe der Kämpfe bewegt und an der Macht in der Zweiten Republik beteiligt werden. Gleichzeitig ist in der Verfassung die Abschaffung des Konfessionalismus vorgesehen, zu der es aber bis heute nicht kam. Denn viele mit dem Konfessionalismus verbundene Strukturen und Konflikte blieben bestehen, so die Dominanz „politischer Fami-

lien“ und konfessionell weitgehend homogener Parteien. Die Politiker als Vertreter ihrer Gemeinschaften haben kein Interesse an der Beendigung eines Systems, das ihnen eine Machtbeteiligung garantiert, die sie in einem kompetitiven Wahlverfahren verlieren könnten. So steht der fragmentierte Staat mit seinen schwachen Institutionen bis heute mehr im Dienste der Vertreter von fragmentierten Gemeinschaftsinteressen denn einer vereinten nationalen Agenda. Während des Arabischen Frühlings forderten deshalb vorwiegend junge, säkular eingestellte Menschen „die Abschaffung des konfessionalistischen Systems“.

Die libanesisische Konkordanzdemokratie steht vor einer weiteren Herausforderung: Hatte sich früher eine große Koalition der Notabeln der verschiedenen Gemeinschaften in stetig wechselnden Konstellationen den gemeinsamen Kuchen geteilt, so veränderte sich dieses Verhältnis im letzten Jahrzehnt grundlegend: Seit den Anschlägen des 11. September 2001 und dem „Krieg gegen den Terrorismus“ setzte eine regionale Blockbildung zwischen den prowestlichen sunnitischen Regimes und der überwiegend von Schiiten getragenen „Widerstandsachse“ ein. Bis zu seiner Ermordung am 14. Februar 2005 tarierte der ehemalige Ministerpräsident Rafiq al-Hariri diesen Gegensatz im Libanon aus. Danach zerfiel das Land in zwei Blöcke: Nach zwei Großdemonstrationen im Jahr 2005 bezeichnen sie sich als 8.-März- und als 14.-März-Bewegung. Seitdem ist das Grundprinzip der Konkordanz, die Kompromissuche in großen Koalitionen, weitgehend gescheitert, und die Politiker blockieren sich als Veto-Player in ihrem Handeln meist gegenseitig. Mit Ausbruch des syrischen Aufstands verschärfte sich diese Polarisierung weiter, denn die prowestliche, von sunnitischen und einem Teil der christlichen Parteien dominierte 14.-März-Bewegung hat als gemeinsamen Nenner die Gegnerschaft zum syrischen Assad-Regime und unterstützt daher die Aufständischen. Die schiitische, vom Iran unterstützte Hisbollah und die christliche Freie Patriotische Bewegung (FPM) dominieren die „pro-syrische“ 8.-März-Bewegung. Aus unterschiedlichen Motiven fürchten sie den Sturz des syrischen Regimes: die Hisbollah, weil sie einen bedeutenden militärischen Verbündeten verlieren würde, Christen, weil sie den wachsenden Einfluss radikaler sunnitischer Islamisten befürchten.

Irak: Vom Spieler zum Spielball der Region

Der Irak unter Saddam Hussein gehörte bis 2003 zu den monoethnischen Diktaturen, in denen trotz offiziell säkular-nationalistischer Baath-Ideologie die Mehrheit der Bevölkerung, Kurden und schiitische Araber, diskriminiert wurden. Im

Ersten Golfkrieg (1980–1988) hatte er stellvertretend für die sunnitischen Golfmonarchien den iranischen „schiitisch-persischen“ Revolutionsexport eingedämmt. Der Völkermord an Kurden in den Anfal-Operationen 1988 und die blutige Niederschlagung eines schiitischen Aufstands 1991 vertieften das Misstrauen zwischen den Gemeinschaften. Der Sturz Saddam Husseins im US-geführten Irakkrieg von 2003 brachte keine Versöhnung. Viele Sunniten sahen in der anschließenden „Ent-Baathifizierung“ eine Entmachtung ihrer Konfession. Einige gingen in den bewaffneten Widerstand gegen die US-Besatzung und den neuen, schiitisch dominierten Staat. Jihadisten, die sich in dem Machtvakuum des zerfallenden Staates ausbreiteten, begannen einen Terrorkrieg gegen die schiitische Zivilbevölkerung. In ihrem kruden Feindbild gelten Schiiten als „Abtrünnige“ (*rafidun*) und als „Agenten“ der amerikanischen „Kreuzritter“. Die Gewalt eskalierte 2006/2007 zu einem interkonfessionellen Bürgerkrieg.

Der Aufbau intermediärer und zentralstaatlicher Instanzen gelang im Kräftezerren der verschiedenen Veto-Player nur schleppend. In der Verfassung von 2005 wurde eine föderale Ordnung festgelegt, die im Gesetz Nr. 13 von 2008 präzisiert wurde (Ottaway/Kaysi 2012). Demnach haben einzelne Provinzen das Recht, per Referendum weitreichende Autonomie vom Zentralstaat zu erlangen. Hinter der Regelung verbirgt sich ein informelles ethnisch-konfessionelles Machtteilungsarrangement, das den drei großen Ethnien – Kurden, schiitischen und sunnitischen Arabern – wegen ihrer Dominanz in einzelnen Provinzen die Option weitgehender Unabhängigkeit vom Zentralstaat einräumt. Auch die Verteilung der führenden Staatsämter sollte eine Rückkehr zur sunnitisch-arabischen Dominanz verhindern: Der Staatspräsident ist demnach ein Kurde, der Ministerpräsident Schiit und der Parlamentspräsident Sunnit. Jeder von ihnen hat zwei Stellvertreter aus den anderen Gemeinschaften. Diese arrangierte Machtteilung konnte die fortgesetzte interethnische Gewalt nur bedingt mindern. Aber vermutlich hätten sich Kurden und Schiiten nach der Erfahrung der ethnisch diskriminierenden Diktatur Saddam Husseins ohne eine entsprechende Garantie nicht auf das Experiment eines multiethnischen Staates eingelassen.

Fungierten die USA als eine Art unfreiwilliger Schiedsrichter, so erlebt das neue System seit dem Abzug der US-Truppen Ende 2011 eine ernsthafte Herausforderung. Um einen mutmaßlichen Baath-Putsch abzuwehren, ließ der schiitische Ministerpräsident Nuri al-Maliki zahlreiche sunnitische Politiker verhaften, der Vizepräsident Tariq al-Hashimi wurde wegen seiner mutmaßlichen Beauftragung von Todesschwadronen in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Mittlerweile sehen sich Sunniten als die diskriminierte Gemeinschaft, und die drei von ihnen dominierten Provinzen Anbar, Ninive und Salahaddin unternehmen Schritte zur

Erlangung der Autonomie. Das Land bewegt sich am Abgrund des Staatszerfalls entlang ethnischer Grenzen.

Bahrain: Der Zankapfel im Persisch-Arabischen Golf

In Bahrain regiert seit 1783 die aus dem Najd in Saudi-Arabien stammende sunnitische Herrscherfamilie der Al Khalifa eine mehrheitlich (70 Prozent) schiitische Bevölkerung (s. a. Niethammer 2010; ICG 2011a; 2011d). Der konfessionelle Gegensatz erlebte in den vergangenen Jahrzehnten mit dem wachsenden Hegemonialkonflikt zwischen dem schiitisch-persischen Iran und dem sunnitisch-arabischen Saudi-Arabien eine Zuspitzung. Die schiitische Bevölkerungsmehrheit sieht sich diskriminiert und von einer gerechten Partizipation ausgeschlossen. Das Königshaus befürchtet umgekehrt, in einer Mehrheitsdemokratie durch eine vom Iran „ferngesteuerte“ schiitische Opposition entmachtet zu werden. Dieses Misstrauen führte zu einer systematischen Verdrängung von Schiiten aus Führungspositionen. Auch die Sicherheitskräfte setzen sich fast ausschließlich aus Sunniten zusammen, die überwiegend aus Jordanien, Jemen und Pakistan stammen und erleichtert die Staatsbürgerschaft erhalten, um das demografische Übergewicht der Schiiten zu brechen.

Dabei war eine konfessionalistische Polarisierung keinesfalls zwingend. Mit dem Generationenwechsel 1999 von Emir Isa Al Khalifa auf seinen Sohn, König Hamad bin Isa Al Khalifa, und der Verabschiedung der *Bahrain National Action Charta* von 2001 wurde das Land zum Hoffnungsträger einer demokratischen Reform in der Region. In den folgenden Jahren entwickelte sich eine vielfältige politische Landschaft aus islamistischen und säkularen, sunnitischen und schiitischen, regimetreuen und oppositionellen Parteien. Allerdings stießen die Reformen an die Grenzen eines autokratischen Regimes, das die 2001 gemachten Zusagen einer konstitutionellen Kontrolle und parlamentarischer Partizipation nur bedingt einhielt. Die Frustration entlud sich in mehreren Protestwellen, zuletzt am zehnten Jahrestag des Referendums zur *National Action Charta* am 14. Februar 2011.

Ein Arrangement zwischen Regime und Opposition schien möglich, als am 13. März 2011 der Kronprinz Salman bin Hamad Al Khalifa ein frei gewähltes Parlament mit weitreichenden Kompetenzen, faire Wahlbezirke, einen Wechsel der Einbürgerungspolitik, Antikorruptionsmaßnahmen und die Thematisierung des Konfessionalismus anbot. Aber bereits während seiner Rede wurde eine Demonstration gewaltsam aufgelöst, wodurch das Regime an Glaubwürdigkeit verlor. Am

14. März intervenierten Truppen des GCC aus Saudi-Arabien und Katar. Eine internationale Untersuchungskommission, die Bahrain Independent Commission (BICI), arbeitete die Niederschlagung der Proteste und die Verfolgung von Oppositionellen auf und dokumentierte sie im Abschlussbericht vom 10. Dezember 2011 (s. a. *files.bici.org.bh*). Bahrain befindet sich seitdem zwischen gewaltsamer Repression und vom Regime gesteuerter Dialoginitiative, aus der sich die schiitische Opposition allerdings zurückgezogen hat, weil sie nur wenige Vertreter entsenden durfte und keine Feigenblattfunktion übernehmen wollte. Ein Einlenken des Königshauses hätte einen beachtlichen Demonstrationseffekt auf Saudi-Arabien, wo eine schiitische Minderheit in den ölreichen Ostprovinzen seit Jahrzehnten eine gerechtere Partizipation verlangt.

Syrien: Pulverfass der Region

Seit März 2011 kommt es auch in Syrien zu massiven Protesten im Rahmen des Arabischen Frühlings (s. a. Hinnebusch 2012; ICG 2011b; ICG 2011c; Leenders/Heydemann 2012). Sie begannen zunächst in peripheren Regionen und richteten sich gegen lokale Missstände. Das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte und die unnachgiebige Haltung des Präsidenten Baschar al-Assad steigerten die Protestbereitschaft und brachten die heterogenen Oppositionsgruppen zu mehreren Dachverbänden gegen das Regime zusammen. Der Syrische Nationalkongress (SNC) ist der größte und genießt die Anerkennung besonders des westlichen Auslands. Im November 2012 formierte sich die Nationale Koalition der Syrischen Revolutionären und Oppositionellen Kräfte als neuer Dachverband der Opposition.

Das von einer alawitisch-schiitischen Minderheit dominierte Regime präsentiert sich selbst als Garant eines säkularen Staats und eines multiethnischen syrischen Nationalismus, in dem konfessionelle und ethnische Zugehörigkeit keinerlei Rolle spielten. Selbst die Thematisierung der demografischen Verteilung gilt als Tabu. Syriens Bevölkerung setzt sich aus einer sunnitischen Mehrheit von rund 70 Prozent zusammen, die sich nach Nationalitäten in Araber (ca. 55 Prozent) und Kurden (zehn bis 15 Prozent) teilt, zahlenmäßig relevante Minderheiten sind die schiitischen Alawiten mit etwa elf Prozent, Christen (zehn Prozent), Drusen (drei Prozent) und Zwölferschiiten (zwei Prozent).

Der dünne Firnis eines vermeintlich unitären Nationalismus zerbrach jedoch während der Aufstände. Mitglieder der alawitischen Gemeinschaft dominieren die Teile des Sicherheitsapparats, die für die brutale Gewalt verantwortlich gemacht werden. Auch stellen sie die gefürchtete Schabiha-Miliz, die Massaker an

Oppositionellen und Anderskonfessionellen verübt. Das Regime legitimiert diese Repression mit dem Angstbild im Dienste ausländischer Mächte stehender „terroristischer“ sunnitischer Fundamentalisten. Dabei stürzt das Land in einen blutigen Bürgerkrieg, in dem zunehmend Motive von Rache und Vergeltung zwischen Herkunftsgemeinschaften zum Tragen kommen.

Die syrische Opposition, insbesondere deren bewaffnete Teile, besteht überwiegend aus Sunniten. Sie ist insgesamt regional, ideologisch und nach politischen Strategien fragmentiert. Der Syrische Nationalkongress als größtes Bündnis setzt sich neben liberalen Kräften mehrheitlich aus Islamisten zusammen, der Muslimbruderschaft, aber auch fundamentalistischen Salafisten, die das Regime und sogar andere Oppositionelle als „Ungläubige“ beschimpfen (*al-Hayat*, 3.1.2012).

Radikalislamistische Akteure verzerren das Bild der mehrheitlich säkularen und national-syrisch orientierten Opposition. Aber ihre Saat einer radikalen Konfessionalisierung und die Beteiligung auswärtiger Kämpfer aus Libyen, Irak, Jemen und anderen Staaten trüben das Bild einer demokratischen Revolution und die Aussichten für eine friedliche Nachkriegsordnung. Für jihadistische Gruppen hat Großsyrien, *bilad asch-scham*, als frühislamisches Kernland eine hohe Symbolkraft. Salah ad-Din al-Ayyubi (Saladin) gilt ihnen als Vorbild für ihren bewaffneten Jihad, weil er im Jahre 1171 zunächst die „ketzerische“ schiitische Fatimiden-Dynastie in Ägypten vernichtete und anschließend 1187 Jerusalem von den Kreuzrittern befreite. Analog propagierte Abu Mus'ab az-Zarqawi, bis zu seiner Ermordung 2006 Anführer der irakischen al-Qaida, man müsse zunächst die „ketzerischen“ Schiiten bekämpfen, um anschließend die westlichen „Kreuzritter“ – gemeint waren die US-Truppen im Irak – vertreiben zu können (Kazimi: 2006). Anfang Dezember 2011 kündigten irakische Jihadisten an, die syrische Opposition mit Waffen und Kämpfern zu versorgen. Mitte Februar rief der Anführer von al-Qaida, Ayman az-Zawahiri, in einer Videobotschaft die Muslime zum Jihad gegen das „säkulare, konfessionalistische System“ in Syrien auf (*al-Hayat*, 13.2.2012). Seit Ende 2011 kam es zu mehreren Selbstmord- und Autobomben-Anschlägen in Damaskus und Aleppo mit Dutzenden Toten, die eine deutlich jihadistische Handschrift tragen.

Ein Regimesturz zugunsten sunnitisch-islamistischer Akteure, das Erstarben der Jihadisten, ein interkonfessioneller Bürgerkrieg oder gar ein Staatszerfall in ethnisch geprägte Kleinstaaten würden die gesamte Region destabilisieren. Kurdische Autonomieforderungen in Syrien hätten Auswirkungen auf die benachbarten kurdischen Gebiete in der Türkei, im Irak und Iran. Der Aufstieg salafistischer und jihadistischer Kräfte könnte ähnliche Gruppen im benachbarten Jordanien und anderen arabischen Ländern stärken. Weitreichende Konsequenzen

zen hätte dies für den Irak und den Libanon, wo – erstmals in der modernen Geschichte – schiitische Parteien die Regierungen dominieren.

Regime und Opposition stehen sich in Syrien derzeit unversöhnlich gegenüber, und eine weitere Gewalteskalation scheint wahrscheinlicher als eine Verhandlungsaufnahme. Nahezu alle ausländischen Mächte haben sich entweder auf Seiten der Opposition oder des Regimes positioniert und fallen deshalb als neutrale Mittler aus. Die Vermittlungsinitiative des Sondergesandten der UN und der Arabischen Liga, Kofi Annan, scheiterte an der Intransigenz beider Seiten. Sein Nachfolger als UN-Gesandter, Lakhdar Brahimi, hatte bereits den Taif-Friedensvertrag von 1989 als damaliger Gesandter der Arabischen Liga mit vorbereitet. Könnte dies den Weg zu einer „libanesischen Lösung“ ebnen? Vermutlich wird nur ein verhandeltes Arrangement unter Beteiligung der verschiedenen Akteure und Bevölkerungsgruppen die Eskalation des Bürgerkriegs, einen Zerfall in ethnische Kleinstaaten oder die fortgesetzte blanke Repression verhindern können. Die zentrale Streitfrage lautet, ob das momentane Regime – oder gegebenenfalls welche Teile daraus – als Verhandlungspartner noch in Frage kommt. Falls die Herrschaftselite um die Assad-Familie analog zur Ent-Baathifizierung im Irak ausgegrenzt würde, wie dies die Opposition mehrheitlich fordert, besteht die Gefahr eines fortgesetzten Bürgerkriegs. Denn ihr bliebe keine andere Wahl als weiterzukämpfen, da sie die Rache der Aufständischen befürchten muss. Im Libanon einigten sich die Akteure nach langem Krieg auf einen entgegengesetzten Pfad: Nach der Formel „Keine Sieger, keine Besiegten“ wurden die Gewaltakteure in das Nachkriegssystem integriert: Milizführer wurden Minister, Milizionäre Armeesoldaten und Parteimilizen zu Parlamentsparteien. Eine Aufarbeitung von Kriegsverbrechen fand nicht statt.

Machtteilungsarrangements als Chance?

Die genannten Beispiele zeigen, wie vielfältig ethnisch-konfessionelle Identitäten in innenpolitischen Konflikten, regionalen Konkurrenzen und in der Formierung globaler Machtblöcke wirkmächtig werden können. In der Demokratieforschung werden unterschiedliche Lösungen für fragmentierte Gesellschaften diskutiert. Laut der Integrationisten soll der neutrale Staat Ethnizität nicht thematisieren und keine garantierten Rechte gewähren, weil dies subnationale Identitäten stärken und die Fragmentierung der Gesellschaft zementieren würde. Doch die Tabuisierung ethnisch-konfessioneller Identitäten führte im Nahen Osten eher zur Verschleierung denn zur Überwindung von Konkurrenz und Konflikt

zwischen den Gemeinschaften. Die säkular-nationalistischen Ein-Parteien-Diktaturen im Irak und in Syrien gaben vor, die Interessen des gesamten Volks zu vertreten. Doch im Irak stützte sich Saddam Hussein auf seinen sunnitisch-arabischen Klan aus Tikrit, und in Syrien entstammt die Herrscherelite um die Assad-Familie der alawitisch-schiitischen Minderheit aus dem Hinterland von Lattakia. Faktisch handelt es sich um monoethnische Diktaturen, wenngleich die Mehrheit der sunnitisch-arabischen Iraker und der alawitischen Syrer kaum von der Sonderstellung ihrer Konfessionen profitierten.

Vertreter des Konsozialismus plädieren dafür, die Existenz und die Berechtigung ethnischer und konfessioneller Gruppeninteressen explizit anzuerkennen. Sie empfehlen formalisierte Arrangements der Machtteilung in Gestalt der Proporz- oder Konkordanzdemokratie, die den Gemeinschaften eine Vertretung garantieren, um eine unregelmäßige und von Ressentiment geprägte Konkurrenz zu verhindern. Die Gemeinschaften sind proportional in staatlichen Instanzen vertreten, genießen politische Veto-Macht und verfügen über weitgehende kulturelle Autonomie. Sie bilden Regierungen der großen Koalitionen. Doch das libanesische Exempel zeigt, dass formalisierte Arrangements zur Verstärkung und Intensivierung ethnischer Gegensätze neigen. Politische Streitfragen werden häufig nicht sachlich oder interessenorientiert diskutiert, sondern nach Gemeinschaftsloyalität und in taktischen Allianzen mit anderen Gemeinschaften ausgehandelt.

Beiden Ansätzen, dem Integrationismus und dem Konsozialismus, geht es darum, ethnische Gegensätze zu entschärfen. Beiden ist dies in der nahöstlichen Praxis bislang nicht grundlegend gelungen. Möglicherweise sind deshalb Mischformen zu entwickeln, etwa eine Verbindung aus garantierter Beteiligung aller Gemeinschaften *und* interethnisch offenen Institutionen. Ein Arrangement aus Institutionen zur Bearbeitung ethnischer Gegensätze müsste mehrstufig und dynamisch sein. Eine temporäre, garantierte Machtteilung nach verhandeltem Proporz dient zunächst der unmittelbaren Konfliktbefriedung. Die Identitätsgemeinschaften werden dabei als gegebene Größen anerkannt, in ihren Sicherheitsbedürfnissen ernst genommen und in den politischen Prozess integriert, wie es das Modell der Konkordanzdemokratie vorsieht. Gleichzeitig muss jedoch bereits eine institutionell verankerte Exit-Strategie entwickelt werden, die Anreize und intermediäre Institutionen für eine Kooperation zwischen den Gemeinschaften fördert, etwa gemischte Wahldistrikte, in denen interethnische Kandidatenlisten vorteilhaft sind.

Der Libanon, wo eine solche Übergangslösung in der Verfassung von 1990 verankert ist, aber bis heute nicht implementiert wurde, demonstriert allerdings

ein grundsätzliches Dilemma der Transition: Die konfessionalistisch agierenden Politiker müssten ein System aufgeben, von dem sie bislang bestens profitierten. Die libanesische Verfassung hätte daher den Übergang zu politischen Instanzen, in denen ethnisch-konfessionelle Zugehörigkeit keine Rolle mehr spielen darf, zeitlich und institutionell präziser festlegen müssen. Ein solches reformiertes Machtteilungsarrangement müsste von Anfang an eine neutrale Mediation vorsehen, etwa ein Verfassungsgericht oder eine Schlichtungsstelle, die im Falle der Blockade der Veto-Kräfte eingreifen kann. So blieben das libanesische und das irakische Modell von externen Mediatoren abhängig: im Libanon vom syrischen Nachbarn, im Irak von der amerikanischen Besatzungsmacht. Wenn außerdem ein verlässliches Justizsystem den Schutz der Individuen übernehmen würde, benötigten die Gemeinschaften in der Alltagspolitik keine umfassende Vetomacht mehr, um ihre Minderheitenrechte zu verteidigen. Als Ergebnis können gesamt-nationale Organisationsformen entstehen, in denen die segmentären Gruppeninteressen aufgehen und in denen überkonfessionelle Kooperation und die Entwicklung einer nationalen Identität gefördert werden.

Entscheidend für das Gelingen integrativer Politikkonzepte sind Institutionen der Machtteilung wie Verfassungen, Parlamente und pluralistische Regierungen (*Hard Power*) und die Bereitschaft der Beteiligten, sich auf interkonfessionelle Machtteilung einzulassen (*Soft Power*). Vorstellungen eines wechselseitigen Nutzens der Gemeinschaften sind wirkmächtige Faktoren zugunsten von Machtteilung. So können beispielsweise Gemeinschaften als Brücken in Länder gleicher konfessioneller oder ethnischer Zugehörigkeit dienen. Der Libanon sah sich bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs 1975 als ein Bindeglied zwischen Orient und Okzident, wobei Christen den Kontakt zum Westen, Muslime den zur arabischen Welt übernahmen. Bahrain könnte an seine kulturelle Brückenfunktion zwischen dem „schiitischen“ Iran und dem „sunnitischen“ Saudi-Arabien anknüpfen. Die lokalen Partner profitieren von einer „Machtteilungsdividende“, denn praktizierte Toleranz kann als Werbefaktor für Handel, Tourismus und das Dienstleistungsgewerbe dienen.

Derzeit dominieren in den hier behandelten Ländern jedoch Eskalationsszenarien und erschweren Verständigungsprozesse: Zentrifugale Kräfte bestimmen die Entwicklungen in Syrien und im Irak. Im Libanon und in Bahrain stehen sich gegensätzliche Machtblöcke unversöhnlich gegenüber.

Literatur

- Hinnebusch, Raymond (2012): „Syria: from ‚authoritarian upgrading‘ to revolution?“ in: *International Affairs* 88(2012), S. 95–113.
- International Crisis Group [ICG] (2011a): „Popular protests in North Africa and the Middle East (III): the Bahrain revolt“, in: *MENA Report* 105(2011).
- International Crisis Group [ICG] (2011b): „Popular protest in North Africa and the Middle East (VI): the Syrian people’s slow-motion revolution“, in: *MENA Report* 108(2011).
- International Crisis Group [ICG] (2011c): „Popular protest in North Africa and the Middle East (VII): the Syrian people’s slow-motion suicide“, in: *MENA Report* 109(2011).
- International Crisis Group [ICG] (2011d): „Popular protests in North Africa and the Middle East (VIII): Bahrain’s rocky road to reform“, in: *Middle East Report* 111(2011).
- Kazimi, Nibras (2006): „Zarqawi’s anti-Shi’a legacy: original or borrowed?“, in: *Current Trends in Islamist Ideology* 4(2006), S. 53–72.
- Leenders, Reinoud und Steven Heydemann (2012): „Popular mobilization in Syria: opportunity and threat, and the social networks of the early risers“, in: *Mediterranean Politics* 17/2(2012), S. 139–159.
- Niethammer, Katja (2010): „Bahrain: alte Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten neu artikuliert“, in: Sigrid Faath (Hrsg.): *Rivalitäten und Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten in Nahost*. Berlin, S. 177–201.
- Ottaway, Marina und Danial Kaysi (2012): „The State of Iraq“, in: *Carnegie Paper*, Feb. 2012.
- Perthes, Volker (2011): *Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen*. München.
- Rosiny, Stephan (2011a): „Ein Jahr ‚Arabischer Frühling‘. Auslöser, Dynamiken und Perspektiven“, in: *GIGA Focus Nahost* 12(2011) [http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1112.pdf]
- Rosiny, Stephan (2011b): „Religionsgemeinschaften als Verfassungssubjekte. Libanon als Modell für Nahost?“, in: *GIGA Focus Nahost* 4(2011) [http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1104.pdf]
- Rosiny, Stephan (2012): „Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime“, in: *GIGA Focus Nahost* 2(2012) [http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1202.pdf]